

Bericht Religionsfreiheit 2021

Nahezu ein Drittel aller Staaten verstösst gegen die Religionsfreiheit

In vielen Ländern ist die Religionsfreiheit kein blosses Konzept, sondern eine Frage von Leben und Tod. Kirche in Not hat kürzlich den aktuellen Bericht zur weltweiten Religionsfreiheit publiziert. Von «Freiheit» sind viele Staaten noch weit entfernt.

Verstösse gegen die Religionsfreiheit sind in nahezu einem Drittel der Länder der Erde (31,6 %), in denen wiederum zwei Drittel der Weltbevölkerung leben, an der Tagesordnung. In 62 von insgesamt 196 Ländern wird die Religionsfreiheit schwerwiegend verletzt. In diesen Ländern leben fast 5,2 Mrd. Menschen.

Die Kategorie «Rot» weist auf Verfolgung hin; sie umfasst 26 Länder, in denen 3,9 Mrd. Menschen leben – etwas mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung (51 %). Darunter sind zwölf afrikanische Staaten sowie mit China und

Myanmar zwei Länder, gegen die wegen möglichen Völkermordes ermittelt wird.

Die Kategorie «Orange» weist auf Diskriminierung hin; sie umfasst 36 Länder, in denen 1,24 Mrd. Menschen leben. In neun dieser Länder konnten leichte Verbesserungen der Situation festgestellt werden, in 20 Ländern allerdings eine Verschlechterung. Als «unter Beobachtung» klassifiziert sind Länder, in denen neu auftretende Faktoren beobachtet wurden, die das Potenzial haben, einen grundlegenden Zusammenbruch der Religionsfreiheit zu verursachen. In allen diesen Kategorien tritt Hasskriminalität auf, d. h. vorurteilsgeleitete Angriffe auf religiöse Menschen bzw. religiöses Eigentum.

ZWANGSKONVERSION, VERFOLGUNG, VERGEWALTIGUNG

In den Hauptkategorien hat das Ausmass an Verfolgung und Unterdrückung im Berichtszeitraum deutlich zugenommen. Ein Halbmond dschihadistischer Gewalt erstreckt sich

Pfarreiblatt

Katholische Kirche Dekanat Zug

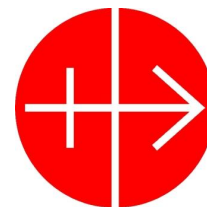
Zug

Pfarreiblatt Zug
6340 Baar
041/ 767 71 38
www.pfarreiblatt-zug.ch

Medienart: Print
Medientyp: Spezial- und Hobbyzeitschriften
Auflage: 30'000
Erscheinungsweise: 27x jährlich



Seite: 7
Fläche: 69'000 mm²



Auftrag: 1093491
Themen-Nr.: 140.003

Referenz: 80869240
Ausschnitt Seite: 2/2

mittlerweile in Subsahara-Afrika von Mali bis Mosambik und weiter über die Komoren im Indischen Ozean bis hin zu den Philippinen im Südchinesischen Meer. Ein global expandierendes «Cyber-Kalifat» ist nunmehr ein gängiges Instrument der Online-Rekrutierung und Radikalisierung im Westen.

Bereits bestehende gesellschaftliche Vorurteile gegenüber religiösen Minderheiten in Ländern wie China, Niger, der Türkei, Ägypten und Pakistan führten während der Covid-19-Pandemie zu verstärkter Diskriminierung, die sich z. B. in der Verweigerung des Zugangs zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung äusserte.

In einigen asiatischen Ländern mit überwiegend hinduistischer oder buddhistischer Bevölkerung haben mehrheitsgesellschaftliche Grundströmungen eines religiösen Nationalismus dazu geführt, dass sich eine ethno-religiöse Vorherrschaft etabliert hat. Dadurch

werden Angehörige religiöser Minderheiten zunehmend unterdrückt und de facto zu Bürgern zweiter Klasse degradiert.

In immer mehr Ländern sind Verbrechen gegen Mädchen und Frauen zu verzeichnen, die entführt, vergewaltigt und durch Zwangskonversion zum Glaubenswechsel gezwungen werden. 30,4 Mio. Muslime in China und Myanmar, darunter Uiguren und Rohingya, sind schwerwiegender Verfolgung ausgesetzt. Im Westen werden Instrumente, mit denen sich Radikalisierung vorbeugen lässt, über Bord geworfen. Obwohl Regierungen anerkennen, dass die Behandlung der Weltreligionen in der Schule Radikalisierungstendenzen verringert und das interreligiöse Verständnis bei Jugendlichen fördert, schaffen immer mehr Länder den Religionsunterricht ab.

EIN ZEICHEN FÜR DEN INTERRELIGIÖSEN DIALOG

Papst Franziskus hat zusammen mit Ahmad al-Tayyib, Grossimam von al-Azhar und Oberhaupt der sunnitisch-muslimischen Welt, eine Erklärung über die «Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt» unterzeichnet; er hat als erster Papst überhaupt eine katholische Messe auf der arabischen Halbinsel gefeiert, gegen Ende des Berichtszeitraums sollte er den Irak besuchen (sein erster Besuch in einem Land mit schiitischer Mehrheit), um den interreligiösen Dialog zu vertiefen.